

Montag, 11. Juli 2022 Göttingen

Kollektiv und GöLinke fordern Bürgerbeteiligung

Kritik an möglicher JVA-Entscheidung im nichtöffentlichen Verwaltungsausschuss

Von Peter Krüger-Lenz

Göttingen. Zwei Entscheidungen haben die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Wohnen und Grundstücke während ihrer Sitzung am Donnerstag getroffen, die nur eine äußerst kurze Halbwertszeit haben könnten. Denn die Empfehlung, die das Gremium mit knapper Mehrheit beschlossen hatte, könnte am Montag vom Verwaltungsausschuss gekippt werden, weil dort andere Mehrheitsverhältnisse herrschen. Dagegen haben sich jetzt die Fraktion GöLinke im Stadtrat und der Verein Gesundheitskollektiv Göttingen gewandt.

Kollektiv will JVA behalten – Broistedt will verkaufen

Mehrheitlich hatten sich die Ausschussmitglieder für einen Wettbewerb für einen möglichen Bau auf dem ehemaligen Grotfendgelände am Weender Tor ausgesprochen – allerdings mit der Beschränkung auf 7000 Quadratmeter und nicht 12000 und mehr Quadratmeter wie von der Verwaltung vorgeschlagen und vom Investor gewünscht. Die ehemalige Justizvollzugsanstalt (JVA) würde Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) gerne an einen Investor verkaufen. Doch auch das Gesundheitskollektiv hat Bedarf und Interesse angemeldet. Der Ausschuss hat eine Entscheidung wegen Beratungsbedarfs vertagt.

Jost Leßmann, baupolitischer Sprecher der GöLinke-Ratsfraktion kritisiert: Wo seitens der Verwaltung und der Oberbürgermeisterin fortwährend von Bürgerbeteiligung die Rede sei, würde eine solche Entscheidung im Verwaltungsausschuss hinter verschlossenen Türen einen Schlag ins Gesicht dieser und anderer Bürgerinnen bedeuten. „Der Bauausschuss, einstmals wichtigster Fachausschuss zur Beschlussempfehlung für den Rat der Stadt Göttingen, würde mit dieser Basta-Politik vollkommen zur Farce degradiert werden.“

Streit um JVA: Offener Brief an Ratsmitglieder

Das Gesundheitskollektiv hat sich mit einem offenen Brief an alle Stadtratsmitglieder gewandt. „Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, dann schaffen Sie in aller Eile eine Faktenlage, die die Interessen, Bedarfe und das Engagement der Menschen ignoriert, und die ausschließlich dem Investor die Möglichkeit zur Verhandlung gibt“, heißt es darin. Zudem würden das bereits ausgegebene Geld und die geleistete Arbeit mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ignoriert „und die Ergebnisse geradezu konterkariert“. Und weiter: „Geben Sie uns die Chance, mit Ihnen und der Stadt gerne auf der Grundlage einer Machbarkeits- und Finanzierungsstudie ins Gespräch zu kommen.“